



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde  
am 11.10.2011, 18:15 Uhr,  
im Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, großer Saal, Am Alten  
Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

## TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 13.09.2011
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
- 7.1. Stand der Planung Kirchenhang
8. Informationsvorlagen
9. Information und Diskussion über die Ergebnisse der Evaluierung der Parkraumbewirtschaftung
10. Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
11. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

- 11.1. Vorlage: BV/641/2011 Einreicher/  
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt  
Bebauungsplan Nr. I "Strategische Steuerung des Einzelhandels"  
Beschluss über die öffentliche Auslegung
- 11.2. Vorlage: BV/616/2011 Einreicher/  
zuständige Dienststelle: 65 - Baumat  
I. Entwurfsplanung und Baubeschluss Stadtpromenade am Finowkanal, einschließlich der  
Beleuchtung  
  
II. Bauerlaubnisverträge
- 11.3. Vorlage: BV/619/2011 Einreicher/  
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt  
Gestaltung ehemaliger Synagogenstandort als Erinnerungsort
- 11.4. Vorlage: BV/633/2011 Einreicher/  
zuständige Dienststelle: 23 - Liegenschaftsamt  
Energiekonzept für den Zoo
- 11.5. Vorlage: BV/643/2011 Einreicher/  
zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt  
Entwicklungssatzung "Am Sonnenhang"  
- Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen  
- Satzungsbeschluss
- 11.6. Vorlage: BV/642/2011 Einreicher/  
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt  
Flächennutzungsplan - Vorentwurf  
Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

## **TOP 1**

### **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende, Herr Sachse, eröffnet die 30. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt.

## **TOP 2**

### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Sachse stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Es sind 9 Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt anwesend. **(siehe Teilnehmerliste Anlage 1)**

## **TOP 3**

### **Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 13.09.2011**

Es liegt eine schriftliche Einwendung von Herrn Grohs zum TOP 8.1, drittletzter Absatz der Niederschrift vor: „Herr Grohs hat sich darüber hinaus...“

#### Richtigstellung:

„Herr Grohs hat sich für die Ausweisung einer Wohnbaufläche am ehemaligen Standort Casino Südend im Flächennutzungsplan ausgesprochen. Im Bereich des Wohngebietes Südend (ehemalige Technikhalle) sollten keine zusätzlichen Wohnbauflächen ausgewiesen werden.“

Weitere Einwendungen liegen nicht vor.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

## **TOP 4**

### **Feststellung der Tagesordnung**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

## **TOP 5**

### **Informationen des Vorsitzenden**

Herr Sachse teilt mit, dass ein Ergänzungsblatt (2 Seiten) zur Beschlussvorlage BV/633/2011 „Energiekonzept für den Zoo“ – resultierend aus dem AEW am 04.10.2011 – vor der Sitzung verteilt wurden.

## **TOP 6**

### **Einwohnerfragestunde**

## **TOP 7**

### **Informationen aus der Stadtverwaltung**

#### **TOP 7.1**

##### **Stand der Planung Kirchenhang**

Information zum Stand der Planung Barrierefreie Stadt – Gestaltung Kirchenhang durch das Büro AHNER/BREHM, Frau Bauer.

**siehe Anlage 2**

Herr Nuglisch fragt, welche Baumarten angepflanzt werden.

Frau Bauer antwortet, dass dort Blasenbäume gepflanzt werden. Der Blasenbaum ist ein kleinkroniger Baum.

#### **TOP 7.2**

##### **Information zur Erdverkabelung 380-kV-Leitung Bertikow-Neuenhagen (Uckermarkleitung)**

Frau Fellner informiert zur Erdverkabelung 380-kV-Leitung, insbesondere zum Trassenverlauf, zur Landschaftsmodellierung, zu den Betroffenheiten und zur Rechtslage.

Die Vorhabenträgerin prüft zurzeit eine abschnittsweise Erdverkabelung im Bereich von Eberswalde.

**siehe Anlage 3**

Herr Dr. Mai hinterfragt die anteiligen Kosten der Stadt Eberswalde in Höhe von 30,0 T€ für das Gutachten und welchen Einfluss hat das Gutachten auf das Verfahren.

Frau Fellner antwortet, dass das Gutachten die Basis der Stellungnahme der Stadt bildete und abgeschlossen ist. Die noch ausstehenden Kosten wurden bezahlt.

Frau Wagner bittet um Auskunft, zu welchen Bedingungen ein Ankauf bzw. Erwerb des dort sich befindlichen Garagenkomplexes erfolgen wird. Sie bittet, dass bis zum Hauptausschuss am 20.10.2011 eine Stellungnahme dazu vom Liegenschaftsamt vorliegen sollte.

Frau Fellner antwortet, dass bis zum Hauptausschuss am 20.10.2011 auf Grund der Kürze der Zeit keine Stellungnahme vorliegen kann, so z. B. zur wirklichen Auslastung der Nutzung. Frau Fellner wies darauf hin, dass durch die Vorhabenträgerin klare Aussagen zum Angebot an die Garagenbesitzer und zur Übernahme der Kosten für den Abriss und der entsprechenden Entsorgung getroffen werden müssen. Die Umsetzung und Zuständigkeit der Maßnahmen liegt bei der Vorhabenträgerin.

Herr Grohs spricht sich im Namen der CDU-Fraktion für die Erdverkabelung aus, die bisherige Stellungnahme der Stadt soll weiterhin Bestand haben.

Herr Grohs bemerkt, dass für Erdverkabelungen keine Planfeststellungsverfahren erforderlich sind. Die Stadt ist daher möglicherweise selber in der Pflicht, die Genehmigung zu beschaffen, (z. B. die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Barnim).

Herr Zinn bittet um eine zeitnahe Übersendung der Präsentation, das wird durch die Verwaltung zugesagt.

Herr Sachse spricht sich ebenfalls für eine Erdverkabelung aus und sagt, dass ist der richtige Weg.

Herr Hey fragt, ob bei einer Erdverkabelung eine Reststrahlung auftritt.  
Frau Fellner bejaht dies.

Herr Banaskiewicz fragt, ob es noch andere Orte mit einer Erdverkabelung gibt.  
Frau Fellner antwortet, dass es auch im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin auf Forderung der Bürgerinitiative eine Prüfung zur Erdverkabelung gibt.

Im Hauptausschuss am 20.10.2011 sollen die Fraktionen ihre Entscheidung treffen, ob die Stellungnahme der Stadt Eberswalde aufrecht erhalten bleiben soll.

### **TOP 7.3**

#### **Frau Fellner informiert über den aktuellen Stand der Straßenbaumaßnahmen in der Stadt Eberswalde**

- Poratzstraße – derzeit 5 Wochen Zeitverzug  
Grund hierfür ist die durch den ZWA neu zu ersetzende Trinkwasserhauptleitung und deren neue Hausanschlüsse. In 2011 soll noch vom Rosengrund bis zum Akazienweg gebaut werden. Die Gehwege werden fertig gestellt, so dass eine fußläufige Begehbarkeit gegeben ist.
- Erlebnisachse Schwärzetal – ist gut im Zeitplan  
Es gibt jedoch Lieferschwierigkeiten mit den Beleuchtungselementen, die Masten stehen aber.
- Schicklerstraße – ist im Zeitplan
- Fritz-Reuter-Straße – am 21.10.2011 ist die Abnahme der Baumaßnahme
- Kupferhammerweg – die Bauarbeiten haben begonnen  
Die Sanierung der Regenwasserleitung ist an eine Firma aus Schwedt/Oder beauftragt worden.  
Zur Sanierung des Hanges ist noch eine Abstimmung mit dem WSA notwendig.
- Fußgängerzone im Altstadtcarree  
Die Ausweisung einer Fußgängerzone wurde mit den dort ansässigen Gewerbetreibenden abgestimmt.

Frau Fellner informiert, dass in der Sitzung im Februar/März 2012 eine Information zu den Fahrradabstellanlagen im Bahnhofsbereich gegeben wird. Im ABPU am 13.09.2011 wurde kritisiert, dass die Fahrräder an den Bäumen abgestellt und angekettet werden.

Zur fehlenden Straßenbaukonzeption Ostend im Internet teilt Frau Fellner mit, dass auf Grund des Umfangs der Konzeption nicht alles eingestellt werden konnte. Detailunterlagen können im Bauamt der Stadtverwaltung eingesehen werden.

Frau Fellner teilt mit, dass die Deutsche Post eine Partnerfiliale in Kaufland einrichten wird.

Frau Wagner hinterfragt, welche Ergebnisse es zum Gespräch mit dem WSA bezüglich der Maßnahmen am Kupferhammerweg gibt.

Frau Fellner antwortet, dass es noch keine abschließende Klärung gibt.

Herr Banaskiewicz hinterfragt die Mittelinsel für Fußgänger im Bereich der Erlebnisachse Schwärzetal. Seiner Meinung nach ist es für die Fußgänger zum Vorteil, für die Autofahrer zum Nachteil, da die Auslaufspur für Kraftfahrer in Richtung Spechthausen zu kurz ist.

Frau Fellner antwortet, dass eine Prüfung durch das Bauamt erfolgen wird und im nächsten ABPU dazu eine Antwort gegeben wird.

## **TOP 8**

### **Informationsvorlagen**

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

## **TOP 9**

### **Information und Diskussion über die Ergebnisse der Evaluierung der Parkraumbewirtschaftung**

Frau Leuschner stellt die Ergebnisse der Evaluierung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes 2008 vor.

**siehe Anlage 4**

Frau Wagner wies auf die Einhaltung der Parkordnung in der Steinstraße hin. Des Weiteren weist Frau Wagner auf die starke Belastung des Parkplatzes in der Marienstraße hin und regt an, den Straßenbereich der Marienstraße nicht mehr als Dauerparken sondern als eingeschränkte Parkplatzmöglichkeit (z. B. zeitliche Begrenzung des Parken für 4 Stunden) zu nutzen.

Herr Dr. Spangenberg weist darauf hin, dass die Einfahrt von der Bollwerkstraße zum Parkplatz in der Marienstraße stets zugestellt bzw. zugeparkt ist.

Herr Hey merkt an, dass die Stellplätze im Bereich August-Bebel-Straße ausreichend vorhanden sind, die Anwohner trotzdem kein Stellplatz finden, da der Parkbedarf auch am Abend immer noch hoch ist.

Herr Hey bedauert, dass von den Gewerbetreibenden z. B. Ärztehaus zu wenige Stellplätze angeboten werden.

Herr Grohs erklärt, dass die Parksituation auf der einen Seite im Bereich Altstadtcarree derzeit unbefriedigend ist, auf der anderen Seite besteht ja scheinbar ein Bedarf an Parkplätzen. Die Initiative Altstadtcarree muss sich bekennen, inwieweit sie hier Parken oder eine Fußgängerzone wollen.

Herr Grohs spricht die Parkplatzsituation in der Weinbergstraße an.

Herr Sachse merkt an, dass schärfere Kontrollen im Bereich des Altstadtcarree schon vor der neuen Parksituation hätte erfolgen können.

Frau Fellner teilt mit, dass in Abstimmung mit den Gewerbetreibenden bzw. mit der Initiative Altstadtcarree weitere Fußgängerzonen im Altstadtcarree möglicherweise eingerichtet werden und nur für den Lieferverkehr frei sind.

Frau Fellner bedankt sich beim Stadtentwicklungsamt, insbesondere bei Frau Leuschner, Herrn Bauer und Herrn Kirste für die Erarbeitung der Evaluierung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes.

Herr Postler regt an, die Parkzeitbeschränkung am Wochenende in der Parkzone C, insbesondere in der Friedrich-Engels-Straße am samstags von 8.00 bis 14.00 Uhr, aufzuheben.

## **TOP 10**

**Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung**

### 10.1 Herr Zinn

Herr Zinn bedankt sich zunächst bei Frau Fellner für die Vor-Ort-Begehung im Brandenburgischen Viertel und beim Bauhof für die Baumschnittarbeiten.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Winterdienst 2011/2012 fragt Herr Zinn, ob die Wohnungsunternehmen in den Winterdienst mit einbezogen werden können und dadurch eine Koordination vorgenommen werden kann.

Herr Zinn bedankt sich bei Frau Leuschner für die Beteiligungsmöglichkeit am Verstetigungskonzeptes Brandenburgisches Viertel.

### 10.2 Herr Banaskiewicz

Herr Banaskiewicz fragt, was mit der Baumaßnahme Wasserentnahmestelle in der Schleusenstraße ist.

Durch die Verwaltung erfolgt eine Prüfung.

### 10.3 Herr Müller

Herr Müller gibt den Hinweis, dass auf der B167 am Ende der Eberswalder Straße/Beginn der Heegermühler Straße ein Schacht abgesackt ist.

Die Information wird an den Landesbetrieb Straßenwesen weitergegeben.

### 10.4 Herr Baaz

Herr Baaz spricht das Problem im Bereich Kreuzung Altenhofer Straße/Mühlenstraße an. Eine kurzfristige Lösung ist nicht in Sicht.

Frau Fellner sagt, dass dieses Problem im Zuge der Gesamtmaßnahmen in der Stadt keine Priorität hat, durch den Landesbetrieb Straßenwesen wurde aber eine Lösung zugesagt.

### 10.5 Herr Nuglisch

Herr Nuglisch teilt mit, dass in Höhe der Karl-Klay-Straße 2 die Straßendecke in der Mitte der Fahrbahn aufgerissen ist und bittet die Verwaltung um Hilfe zur Beseitigung der Gefahrenquelle.

### 10.6 Frau Oehler

Frau Oehler informiert, dass am 19.10.2011 die Sitzung des A 4 im Landkreis Barnim stattfindet, in der über den Finowkanal berichtet wird.

Frau Oehler übergibt eine CD mit Anregungen und Wünschen vom Finowkanalbadetag am 10.07.2011 an das Stadtentwicklungsamt.

Frau Oehler informiert, dass auf dem Markplatz Lichtelemente defekt und ausgefallen sind. Können diese in den Maßnahmen im Auftrag der Gewährleistungsarbeiten mit instandgesetzt werden.

Frau Fellner antwortet, dass im nächsten ABPU über die Ergebnisse der Gewährleistungsarbeiten insgesamt informiert wird.

## **TOP 11**

### **Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

#### **TOP 11.1**

#### **Bebauungsplan Nr. I "Strategische Steuerung des Einzelhandels"**

#### **Beschluss über die öffentliche Auslegung**

#### **BV/641/2011**

Vorstellung des Bebauungsplanentwurfes Nr. I „Strategische Steuerung des Einzelhandels“ in den Grundzügen durch das Büro Plan und Recht GmbH, Frau Giesecke.

## **siehe Anlage 5**

Frau Wagner fragt, warum der Bereich Südend aus dem Geltungsbereich ausgegrenzt wurde.

Frau Giesecke antwortet, dass bei den Untersuchungen zum Geltungsbereich die Bereiche einbezogen wurden, in denen eine Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben mit zentrenrelevanten Sortimenten für die Innenstadt schädlich ist. Zentrumsrelevante Sortimente sollen in Zukunft nur noch an zentralen Standorten zugelassen werden, um so die Innenstadt zu stärken. Es gibt eine ausführliche Begründung zur Abgrenzung des Geltungsbereiches. Dieser Bereich ist kein stark frequentierter Bereich.

Eigentlich wäre eine Ansiedlung von einem Nahversorgungsbetrieb dort wünschenswert. Es ist aber unwahrscheinlich, dass dort eine Ansiedlung vollzogen wird, die nachteilig für den zentralen Versorgungsbereich wäre und daher ist es in diesem Bereich nicht erforderlich, dort eine Regelung zu treffen.

Bei entsprechenden Bauvoranfragen steht der Verwaltung das Mittel der Veränderungssperre zur Verfügung.

Herr Grohs fragt, ob mit der strategischen Steuerung des Einzelhandels Veränderungen an der Bundes- bzw. Landesstraßen geben wird.

Frau Giesecke antwortet, dass der Verwaltung mit dem Bebauungsplan ein Instrument in die Hand gegeben wird, mit der die Verwaltung Einfluss auf die städtebauliche Struktur hat und mit dem sie Versorgungseinrichtungen künftig räumlich lenken kann.

Herr Dr. Spangenberg bezieht sich auf einen weiteren Bau eines Netto-Marktes an der Freienwalder Straße und hinterfragt die Verträglichkeit mit diesem Einzelhandelskonzept.

Frau Giesecke erklärt, dass der Netto-Markt Anlass war, „das Maß war voll“, diesen Bebauungsplan zur strategischen Steuerung des Einzelhandels aufzustellen. Zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gab es keine Einschränkungen der Zulässigkeitsvoraussetzungen.

Herr Sachse stimmt dem zu und erklärt, dass nach den bisherigen Rechtsgrundlagen die Möglichkeit der Ablehnung nicht bestanden hat.

Herr Nuglisch fragt, ob sich auch die Investoren nach diesem Einzelhandelszentrenkonzept richten.

Frau Fellner erklärt, dass mit solch einem Instrument das Ansiedlungsbegehren gesteuert werden kann und die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben an unerwünschten Standorten nicht mehr möglich ist.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der nach Maßgabe der Synopse vom 10.03.2011 erarbeitete Entwurf des Bebauungsplanes Nr. I „Strategische Steuerung des Einzelhandels“ und seine Begründung werden in der vorliegenden Fassung vom 29.07.2011 gebilligt.  
Zum Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. I „Strategische Steuerung des Einzelhandels“ gehören alle Grundstücke und Flächen innerhalb der in der Anlage 1 (Übersichtsplan vom 29.07.2011) dargestellten zeichnerischen Abgrenzung, die mit einem rechtsverbindlichen Bebauungsplan nach § 30 überplant sind oder sich innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils im Sinne des § 34 BauGB befinden. Der Außenbereich nach § 35 BauGB wird nicht vom Geltungsbereich erfasst.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. I „Strategische Steuerung des Einzelhandels“ und seine Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Fristgerecht vorgebrachte Stellungnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die öffentliche Auslegung bekannt zu machen und mitzuteilen, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.

### **TOP 11.2**

#### **I. Entwurfsplanung und Baubeschluss Stadtpromenade am Finowkanal, einschließlich der Beleuchtung**

#### **II. Bauerlaubnisverträge**

##### **BV/616/2011**

Frau Fellner gibt einleitend einige Informationen vom Vor-Ort-Termin am 07.06.2011 und begrüßt dieses Bauvorhaben.

Präsentation Entwurf und Genehmigungsplanung durch das Büro Atelier LOIDL, Frau Brune und Herr Joost.

#### **siehe Anlage 6**

Herr Dr. Mai fragt, welche in welcher Form dort Wände errichtet werden, insbesondere ob Spundwände errichtet werden.

Herr Joost antwortet, dass verschiedene Stützelemente zum Einsatz kommen, aber keine Spundwände.

Herr Dr. Mai kritisiert, dass die Verbindung nun doch bis zur Wilhelmsbrücke gebaut wird und nicht wie vorgesehen bis zum Zugang Leibnizviertel.

Frau Fellner teilt hierzu mit, dass es verschiedene Varianten gab, um im Kostenrahmen zu bleiben. Der Durchbau der Verbindung bis zur Wilhelmbrücke ist eine eindeutige Vorgabe vom Land, da diese Baumaßnahme gefördert wird.

Herr Baaz fragt, ob private Grundstücke betroffen sind und ein Grunderwerb notwendig wird. Frau Fellner antwortet, dass für den Bau der Stadtpromenade Grunderwerb erforderlich ist.

Frau Wagner fragt, wo die Wegeführung im Bereich der Bootsanlegestelle entlang läuft. Frau Brune antwortet, der Fußgängerbereich ist dort wo er sich jetzt befindet.

Frau Wagner gibt den Hinweis, dass im Bereich der Bootsanleger auch die Ver- und Entsorgung für die Schiffe ist. Bei Ver- und Entsorgungsarbeiten ist somit eine durchgängige Barrierefreiheit nicht gegeben.

Frau Oehler spricht die sich bereits in einem sehr schlechten baulichen Zustand befindliche Friedensbrücke an. In absehbarer Zeit sind Sanierungsmaßnahmen erforderlich.

Frau Fellner sagt, die Friedensbrücke ist nicht in unserer Baulast.

Die Gesamtmaßnahmen sind mit dem Land abgestimmt und bei notwendigen Sanierungsmaßnahmen der Friedensbrücke wird es eine vernünftige Baustelleneinrichtung bzw. –sicherung geben.

Frau Oehler wies darauf hin, dass die Beleuchtungsanlage so sein sollte, dass mutwillige Zerstörungen vorgebeugt werden können.

Herr Joost antwortet, dass dort sehr massive Leuchten errichtet werden.

Frau Oehler gibt ihre Bedenken zur Anzahl der Fahrradanhänger und zur Barrierefreiheit.

Frau Brune antwortet, dass vorab eine Abstimmung mit der Behindertenbeauftragten und dem Behindertenverband geben wird

Herr Banaskiewicz hinterfragt die Kosten in Höhe von ca. 4,0 Mio €

Herr Sachse, als Mitglied der Jury, antwortet, dass die ausgewiesenen Kosten in Höhe von 4,0 Mio € so richtig sind.

Frau Fellner bedankt sich beim Bauamt und beim Planungsbüro für ihre Arbeit bei diesem Projekt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

**Beschlussvorschlag:**

## **I. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt**

die als Anlage 1 bis 4 beigefügte Entwurfsplanung mit dem Stand vom 29.07.2011, erstellt durch die ARGE Loidl Wessendorf, die als Anlage 5 beigefügte Beleuchtungsplanung mit Stand vom 01.08.2011, erstellt durch das Ingenieurbüro Schirrmeister für den Ausbau der Stadtpromenade am Finowkanal vom Anleger der Anneliese bis zur Wilhelmbrücke sowie den Bau der Stadtpromenade am Finowkanal.

## **II. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt**

den als Anlage 6 beigefügten Bauerlaubnisvertrag mit der Vertragsnummer 0696(11) und den als Anlage 7 beigefügten Bauerlaubnisvertrag mit der Vertragsnummer 0697(11) zwischen der Stadt Eberswalde und der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dieses vertreten durch die Wasser- und Schifffahrsdirektion Ost, diese vertreten durch das Wasser- und Schifffahrtsamt Eberswalde vom 09.08.2011.

### **TOP 11.3**

#### **Gestaltung ehemaliger Synagogenstandort als Erinnerungsort**

##### **BV/619/2011**

Herr Banaskiewicz fragt nach den Kosten in Höhe von 330,0 T €

Frau Fellner bittet, dass die Detailfragen im Hauptausschuss am 20.10.2011 geklärt werden, da die zuständigen Mitarbeiter anwesend sind.

Herr Grohs regt an bzw. gibt die Empfehlung, den Satz in der Sachverhaltsdarstellung Seite 3, 5. Absatz von oben zu streichen:

„So wie es lange gedauert hat, bis sich die Stadt mit dem Erinnerungsort ihrer Verantwortung stellt, so lange wird es dauern, bis die Bepflanzung des Innenraumes die Form der zerstörten Synagoge nachbildet.“

Herr Sachse wies darauf hin, dass seit Mitte der 70iger Jahre hier die Möglichkeit des Gedenken war.

Frau Oehler gibt einige Hintergrundinformationen zum sogenannten Erinnerungsstandort und unterstützt die Anregung von Herrn Grohs.

Herr Baaz fragt, ob in Erwägung gezogen wurde, die Synagoge wieder aufzubauen.

Herr Dr. Mai antwortet, dass die Jüdische Gemeinde Berlin keine Befürwortung gegeben hat.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Umsetzung des Vorhabens „Neugestaltung des ehemaligen Synagogengeländes als Erinnerungsort“ nach den Plänen von Horst Hoheisel und Andreas Knitz, entsprechend des Maßnahmedurchführungskonzeptes für EFRE/NSE und Stadtumbau.

**TOP 11.4**

**Energiekonzept für den Zoo**

**BV/633/2011**

Herr Laffin stellt die Präsentation „Energieversorgungskonzept Zoo Eberswalde“  
Sichere Versorgung mit Wärme und Strom unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten  
**siehe Anlage 7**

Frau Oehler wies auf die Änderungen zu den finanziellen Auswirkungen (Tabelle auf Seite 2) hin.

Herr Laffin teilt mit, dass sich redaktionelle Änderungen in der Beschlussvorlage ergeben haben:

Seite 2 finanzielle Auswirkungen

Änderung Sachkonto zu b) Finanzhaushalt

alt: 571100 für 2011 und 2012

neu: 785100 für 2011 und 2012

Herr Hey findet das Energiekonzept gut und fragt, warum kein zentrales Heizhaus gebaut wird, sondern zwei getrennte Lösungen. Er fragt weiterhin, ob bei einer Holzheizung der hohe manuelle Aufwand in der Aufbereitung des Holzes zu bewältigen ist.

Herr Laffin beantwortet die 2. Frage mit ja und sagt, dass die Holzheizung mit dem Zoo abgestimmt ist.

Auf Grund der zu großen Leitungslängen ist die Variante mit den zwei getrennten Lösungen effektiver.

Frau Wagner hinterfragt den derzeitigen Vertrag mit den Versorgern. Die vorhandenen Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen sind nicht im Eigentum der Stadt, sondern die der Betreiber. Welche Folgekosten oder Übernahmekosten entstehen dadurch.

Herr Laffin antwortet, dass Teile der Anlagen und Leitungen übernommen werden, es zurzeit aber keine finanziellen Regelungen zur Übernahme der Anlagen gibt.

Frau Fellner betont, dass die Wärmeleitungen durch die Stadt übernommen werden. Die Eigentümer werden von den Kosten des Ausbaus der Leitungen und des Wiederverschließen der Wege im Zoo befreit.

Im Hauptausschuss können die Detailuntersuchungen vorgelegt werden.

Frau Wagner regt an, Brennholz vom Bauhof zu nehmen, um die Holzheizung den ganzen Winter zu betreiben.

Herr Nuglisch hat seine Bedenken zur Aussage, dass im Zoo regelmäßig Brennholz in ausreichender Qualität und Menge anfällt, so dass dadurch eine wirtschaftliche Ergänzung der Wärmeversorgung erfolgen kann und bei Befuerung mit verfügbarem Holz in entsprechenden Gegenwert Erdgas eingespart werden wird.

Auf die Frage von Herrn Banaskiewicz nach den finanziellen Mittel antwortet Herr Sachse, dass zum einem die Mittel im Finanzhaushalt der Stadt zur Verfügung stehen und zum anderem als Zuschussbeteiligung vom Landkreis kommen.

Herr Sachse sagt noch eine redaktionelle Änderung an:

Seite 4, 5. Absatz

alt: 2005

neu: 2008

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Hauptausschuss genehmigt das Energiekonzept für den Zoo.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die für die Umsetzung des Konzeptes notwendigen Mittel auch über 2012 hinaus bei der Haushaltsplanung angemessen zu berücksichtigen.

**TOP 11.5**

**Entwicklungssatzung "Am Sonnenhang"**

**- Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen**

**- Satzungsbeschluss**

**BV/643/2011**

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die **Entwicklungssatzung „Am Sonnenhang“** einschließlich ihrer Begründung gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 28 Abs. 2 Ziffer 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in der Fassung 18.12.2007 zuletzt geändert durch Art. 15 Kommunalrechtsreform-AnpassungsG vom 23.09.2008.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss der Entwicklungssatzung ortsüblich bekannt zu machen.

## **TOP 11.6**

### **Flächennutzungsplan - Vorentwurf**

#### **Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

##### **BV/642/2011**

Frau Oehler bezieht sich auf die Sitzung des ABPU 13.09.2011, in der über die Darstellung der Fläche „Casino Südend“ abgestimmt wurde. Das Ergebnis war, dass die Darstellung einer Wohnbaufläche im Flächennutzungsplan mehrheitlich abgelehnt wurde. Auch in den Sitzungen des Arbeitskreises Flächennutzungsplan wurde dieser Bereich als Standort für Wohnbauflächen abgelehnt.

Frau Oehler findet die Begründung für eine Entwicklung des Standortes als Wohnbaufläche in der Sachverhaltsdarstellung nicht als ausreichend.

Frau Fellner erklärt dazu, dass diese Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung getroffen wird.

Frau Fellner bedankt sich für die bisherige Arbeit der AG Flächennutzungsplan.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird der Abwägungsvorschlag entsprechend beigefügter Synopse vom 05.09.2011 über die eingegangenen Stellungnahmen zum Vorentwurf des Flächennutzungsplanes befürwortet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürger, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt auf Grundlage des vorliegenden Abwägungsergebnisses den FNP-Entwurf zu erarbeiten.

Wolfgang Sachse  
Vorsitzender des  
Ausschusses für Bau,  
Planung und Umwelt

E. Martin  
Schriftführerin

